

## Wälder für die Zukunft - klimafit und vielfältig

Gremium: Fachforum Ökologie  
Beschlussdatum: 09.10.2020  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge  
Status: Eingereicht (ungeprüft)

### Antragstext

1 Stürme, Dürre, Insekten - all das setzt dem Wald in Deutschland zu. Mittlerweile  
2 gibt es kaum noch Regionen, in deren Wäldern die Auswirkungen der  
3 Klimakatastrophe nicht zu sehen sind: Aufgelichtete Kronen, Windwürfe,  
4 Trockenschäden, Waldbrände und der Borkenkäfer sind allgegenwärtig. Um dem etwas  
5 entgegenzusetzen, fordern wir:

- 6 • Eine deutliche Beschleunigung des Waldumbaus hin zu **biodiversen,**  
7 **laubholzreichen Mischwäldern.** Diese sind gegenüber Störungsereignissen,  
8 wie bspw. Stürmen und Dürren, wesentlich resilienter und resistenter.
- 9 • Mehr **Holz im Wald belassen.** So wird langfristig Kohlenstoff in Form von  
10 Humus festgelegt, Feuchtigkeit besser gespeichert und unzähligen Lebewesen  
11 ein Lebensraum geboten.
- 12 • Zur **Waldbrandprävention** ist eine intensive Ausbildung der freiwilligen und  
13 Berufsfeuerwehren in Kooperation mit Ländern die Waldbranderfahrungen  
14 haben durchzuführen. Eine europäische Vernetzung in der Ausbildung, sowie  
15 in der Waldbrandbekämpfung ist weiter voranzubringen, um möglichst schnell  
16 und effektiv gegen Waldbrände vorgehen zu können.

### 17 **Wasser in die Wälder und nicht in die Keller!**

18 Die Hauptursache für den Stress des Waldes ist der **Wassermangel**, deshalb muss so  
19 viel Wasser wie möglich im Wald bleiben. Dort leistet es einen Beitrag für ein  
20 intaktes Ökosystem und kühlt durch die Transpiration der Bäume den Wald, sowie  
21 seine Umgebung herunter. Laut Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels  
22 wird der Niederschlag im Sommer seltener, aber heftiger, dafür wird im Winter  
23 voraussichtlich mehr Wasser zur Verfügung stehen. Um dieses Wasser für den Wald  
24 und uns nutzbar zu machen muss es gespeichert werden, neben Totholz und Humus  
25 ist hier vor allem das Grundwasser zu nennen. Damit Niederschläge es bis ins

26 Grundwasser schaffen, muss die Entwässerung von Wäldern durch Gräben und Wege  
27 gestoppt werden. Insbesondere bei Starkregen wird hier Wasser schnell aus dem  
28 Wald geführt, und sorgt so an anderer Stelle für Hochwasser. Gelangt dieses  
29 Wasser aber ins Grundwasser, steht es dem Wald wesentlich länger zur Verfügung  
30 und ist auch für uns als Trinkwasser nutzbar.

31 Wie auch in der Landwirtschaft ist in den Wäldern die **Verdichtung des Bodens**  
32 durch schwere Maschinen ein zunehmendes Problem. Das verhindert die Aufnahme von  
33 Wasser in den Boden und somit in das Grundwasser und erhöht die Gefahr für  
34 Hochwasser. Eine nachhaltige Waldnutzung, die den Hochwasserschutz stärker  
35 berücksichtigt, verringert daher den Einsatz schwerer Maschinen auf ein Minimum.

36 Für Wälder als Wasserspeicher fordern wir:

- 37 • Das Anlegen von **Feuchtbiotopen** und anderen geeigneten  
38 Versickerungsmöglichkeiten.
- 39 • Ein Umbau der wasserbeeinflussenden Infrastruktur von einer Ableitenden hin  
40 zu einer Speichernden.
- 41 • Waldfläche, die bisher noch nicht befahren wurden, nicht mit schweren  
42 Maschinen zu erschließen.
- 43 • Den Einsatz von schweren Maschinen nur aus Gründen der Arbeitssicherheit  
44 zuzulassen. In allen anderen Fällen ist, ausgenommen zum Waldschutz, **auf**  
45 **schwere Maschinen in den Beständen zu verzichten**

46 **Natur nicht zerschneiden - Vernetzung von Lebensräumen**

47 Immer noch werden **Lebensräume zerschnitten**, oder fallen dem Flächenfraß zum  
48 Opfer. So geht der Wert der Lebensräume für viele Arten verloren.  
49 Wanderbewegungen und der genetische Austausch zwischen Populationen werden  
50 erschwert oder gar verhindert. Um eine weitere Zerstückelung der Landschaft zu  
51 verhindern und Lebensräume wieder zu vernetzen fordern wir:

- 52 • Keine weitere Zerschneidung, sondern eine Forcierung der **Vernetzung von**  
53 **Lebensräumen** auf Landschaftsebene. Dies soll mit Querungshilfen über und  
54 unter Straßen, aber auch der Etablierung von Trittsteinhabitaten zwischen  
55 Wäldern und anderen Ökosystemen stattfinden.

56 **Holz nutzen, aber sinnvoll!**

57 Die Nutzung von Holz zur Erzeugung von Wärme oder Strom zu ernten muss **auf ein**

58 **Minimum reduziert werden.** Solch kurzfristige Festlegung von Kohlenstoff hilft im  
59 Kampf gegen den Klimawandel kaum, für Wärme und Strom gibt es nachhaltigere  
60 Alternativen. Ein viel größeres Potential liegt in der langfristigen Speicherung  
61 von Kohlenstoff im Möbel- und Bausektor. Je hochwertiger ein Produkt und je  
62 länger dessen Lebensdauer, desto besser fürs Klima. Folglich muss eine  
63 **Kaskadennutzung** von Holzprodukten angestrebt werden. Dieses Recycling fixiert  
64 den Kohlenstoff wesentlich länger. Zudem muss der Einsatz von kurzlebigen  
65 Holzprodukten vermieden werden.

66 Unsere Forderungen für eine nachhaltige Holznutzung:

- 67 • Eine gesetzliche Verpflichtung, dass Holzprodukte, die ab 2030 erzeugt  
68 werden, gut und einfach **recyclebar** sind.
  
- 69 • [V-9-069](#)
  
- 70 • Im **Bausektor** sind, wo immer möglich und es der Zustand der Wälder zulässt,  
71 Beton und Stahl durch Holz zu ersetzen, so kann die Freisetzung von CO2  
72 verhindert werden.
  
- 73 • Eine gesetzlich verankerte drastische **Reduzierung des Papierverbrauchs**,  
74 ausgenommen Hygienepapiere, im öffentlichen Bereich. Dokumente, Anträge  
75 etc. sind, so es der Datenschutz zulässt, zu digitalisieren.
  
- 76 • Die Produktion von Holz in **Agroforstsystemen** in der Landwirtschaft, um den  
77 Nutzungsdruck von Wäldern zusätzlich zu verringern.

## 78 **Natürliche Waldentwicklung - Wälder als CO2-Speicher**

79 Wälder, die aus der forstwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen werden, können  
80 als **CO2-Senken und Lebensräume** wichtige Beiträge zum Klima- und Artenschutz  
81 leisten. Aktuell können sich ca. 2,8 % der Wälder in Deutschland ohne  
82 Beeinflussung zu Urwäldern der Zukunft entwickeln. Bis 2020 hatte die  
83 Bundesregierung eigentlich bereits einen Anteil von 10 % der Waldfläche in  
84 Deutschland geplant. **Wir fordern, diese Zielsetzung bis spätestens 2025**  
85 **umzusetzen!**

86 Dabei müssen öffentliche und private Wälder in den Blick genommen werden. Nach  
87 dem Prinzip "**Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen**" müssen  
88 wirtschaftliche Verluste, die z.B. Kommunen durch die Nicht-Nutzung entstehen,  
89 durch öffentliche Programme ausgeglichen werden. Zudem sind Kleinstprivatwälder,  
90 deren Nutzung für die Eigentümer\*innen nicht lukrativ sind, ins Auge zu fassen.  
91 So kann mit interessierten Eigentümer\*innen gegen Ausgleichszahlungen ein  
92 Nutzungsverzicht vereinbart werden.

93 **Der neue Wald**

94 Ein „klimafitter“ Wald ist nur mit einer **artenreichen Verjüngung** erreichbar. Die  
95 neue Waldgeneration benötigt den schützenden Schirm der alten Generation, denn  
96 dieser Schirm erzeugt ein feucht-kühles Klima und mildert Wetter- und  
97 Temperaturextreme ab, sodass die empfindlichen jungen Bäumchen diesen nicht  
98 ausgesetzt sind. Eine Naturverjüngung ist einer künstlichen Verjüngung, also  
99 einer Pflanzung von Baumschulpflanzen vorzuziehen, denn die Wurzeln der Bäume  
100 aus Naturverjüngung sind nicht deformiert und somit stabiler. Künstliche  
101 Verjüngung ist dann sinnvoll, wenn Baumarten in dem Waldstück nicht vorkommen  
102 und so ein Baumartenwechsel hin zu klimaangepassten Baumarten herbeigeführt,  
103 oder beschleunigt werden kann.

104 Daher fordern wir:

- 105 • Die Schaffung der Voraussetzung, das sich geeignete **Baumarten verjüngen**  
106 **können** und deren Förderung.
  
- 107 • Keine Eingriffe die das kühle, feuchte **Waldinnenklima** und dadurch die  
108 Verjüngung gefährden.

109 Wir müssen die Nutzung des Waldes **extensivieren**, um seine Funktionen dauerhaft  
110 zu sichern. **Der Wald leidet enorm unter der Klimakatastrophe, ist aber auch ein**  
111 **effektives und wichtiges Mittel, um sie zu bekämpfen.** Das geht aber nur, wenn  
112 wir die jetzige Bewirtschaftung schnell ändern.

113 Wir sind auf den Wald angewiesen: seine kühlende Wirkung, seine  
114 Schutzfunktionen, die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und dem  
115 regenerativem Rohstoff Holz. Der Lebensraum Wald muss gerade im Anbetracht der  
116 globalen Biodiversitätskrise geschützt und gefördert werden. Durch vielfältige  
117 Lebensräume können wir dem Artensterben etwas entgegensetzen und Vielfalt  
118 erhalten.

119 **Lasst uns den Wald umbauen!** Weg von Nadelholzmonokulturen, die reihenweise  
120 sterben und kaum Lebensräume bieten, hin zu vielfältigen Laubmischwäldern.  
121 Mischwälder, die dem Artensterben und der Klimakatastrophe entgegenstehen,  
122 stabil sind und in denen wir gerne unterwegs sind. Wälder die vor Hochwasser  
123 schützen, Trinkwasser und Holz zur Verfügung stellen. Wälder, in denen sich die  
124 Natur entfalten kann, die das lokale Klime herabkühlen und noch in ferner  
125 Zukunft CO<sub>2</sub> speichern, Lebensräume bieten und Wasser im Boden halten. Die  
126 Multifunktionalität des Waldes ist eine große Chance die globalen Umweltkrisen  
127 unserer Zeit zu bekämpfen, also packen wir es an!

## **Begründung**

Mit diesem Antrag positionieren wir uns als Grüne Jugend erstmals zum Thema Wald und Forstwirtschaft, einem entscheidendem Thema im Klima- und Artenschutz! Nach dem dritten Dürresommer in Folge sind deren Auswirkungen auf den Wald unübersehbar. Nicht nur standortsfremde Fichten sterben flächig ab, sondern auch heimische Buchen und Eichen fallen bestandsweise aus. Die Lage ist dramatisch, vorausgesetzt wir wollen den Wald noch weiter nutzen und seine Lebensräume erhalten.

Den Wald zu nutzen ist sinnvoll, da der vielseitige Werkstoff Holz gerade im Klimawandel als Kohlenstoff bindende Alternative nicht ersetzbar ist. Wir müssen uns vielmehr Gedanken darüber machen wie ein klimaangepasster Wald mit vielfältigen und somit resistenteren und resilienteren Ökosystemen aussehen kann. Danach können wir schauen wie wir dahin kommen und in welcher Form wieviel und wo genutzt werden kann.

Klar ist in Deutschland haben wir nur das Meer, die Landwirtschaft und den Wald als Kohlenstoffsinken zur Verfügung und nur die beiden letzteren können wir einfach beeinflussen. Es ist offensichtlich, dass das Einsparen von CO<sub>2</sub> alleine nicht langt, wir müssen das CO<sub>2</sub> wieder aus der Atmosphäre in die Böden und die Vegetation bekommen.

**P-1-B 2021 zum Jahr der Veränderung machen - gemeinsam, strategisch, mutig**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 13.12.2020  
Tagesordnungspunkt: P Aktuelle politische Lage

**Antragstext**

1 **2021 zum Jahr der Veränderung machen - gemeinsam,**  
2 **strategisch, mutig**

3 **Die Bundestagswahl naht!** Auf dem 54. Bundeskongress haben wir die Leitlinien  
4 unserer Kampagne beschlossen. Für den gemeinsamen Kampf für mehr Gerechtigkeit  
5 wollen wir als Verband an einem Strang ziehen. An allen Ecken machen wir uns  
6 bereit, die größte und schlagkräftigste Kampagne auf die Straßen zu bringen, die  
7 die Grüne Jugend je gesehen hat.

8 Mit unserer dezentralen Kampagnenstrategie knüpfen wir an die Erfolge der  
9 letzten Wahlkämpfe an, mit dem thematischen Fokus ermöglichen wir, mit unseren  
10 Forderungen auch in die Gesellschaft vorzudringen. Als eigenständig auftretender  
11 linker Verband positionieren wir uns, um Themen in den Diskurs einbringen und  
12 ein Gegennarrativ zu jenen aufzeigen, die die Krise auf dem Rücken der Ärmsten  
13 austragen. Wir wollen Anknüpfungspunkt für weitere Bewegungen sein und uns als  
14 Verband kräftig weiterbilden. Gemeinsam mit vielen anderen nutzen wir die  
15 politisierte Zeit des Wahlkampfes, um klar zu machen: Eine gerechtere  
16 Gesellschaft ist möglich und Veränderung notwendig. Unser Erfolg dabei hängt  
17 nicht allein an einem guten Grünen Ergebnis.

18 **Nur gemeinsam sind wir stark!** In unserem Wahlkampf wollen wir junge Menschen  
19 erreichen, die genug haben vom Status Quo. In der Grünen Jugend kämpfen wir  
20 mittlerweile mit knapp 15.000 Menschen gemeinsam für tiefgreifende Veränderung.  
21 Aber es geht nicht nur darum, dass Menschen zur Wahl ein Kreuz machen. In der  
22 Wahlzeit wollen wir viele neue Menschen mobilisieren und sie für ein Engagement  
23 in der Grünen Jugend und für den gemeinsamen Kampf für eine gerechte Zukunft  
24 begeistern. Mit unserem inhaltlichen Schwerpunkt wollen wir nah an den  
25 Lebensrealitäten von vielen Menschen anknüpfen, die Ungerechtigkeiten erleben  
26 und ihnen ein politisches Angebot machen, sich gemeinsam mit anderen zu  
27 organisieren um die Verhältnisse zu überwinden, die für die erlebte  
28 Ungerechtigkeit verantwortlich sind. Bei ihrer Beseitigung wollen wir uns nicht  
29 mit Scheinlösungen zufriedengeben, sondern wirklich etwas verändern! Schlechte

30 Bezahlung, hohe Mieten, Arbeitszeiten, die keine Zeit dafür lassen, sich um  
31 Angehörige und Freund\*innen zu kümmern oder einfach eine schöne Zeit zu haben,  
32 das gehört zu unser aller Alltag und genau hier wollen wir anknüpfen. Wir wollen  
33 nicht nur viele neuen Menschen erreichen, sondern ihnen auch Selbstwirksamkeit  
34 ermöglichen und ihnen die Möglichkeit geben, Verantwortung zu übernehmen. So  
35 nutzen wir den Wahlkampf um über den Wahltag hinaus als Verband in der Breite  
36 stärker zu werden. Es gilt jetzt vor allem, uns für das kommende Jahr stark  
37 aufzustellen und das große Potential, das unser Verband sich in den letzten  
38 Jahren erarbeitet hat, im Wahljahr optimal abzurufen. Bundesvorstand und  
39 Wahlkampfteam werden sich dafür gemeinsam an die Umsetzung des  
40 Kampagnenbeschlusses des 54. Bundeskongresses machen und Strategien erarbeiten,  
41 wie wir unsere Ziele am besten erreichen können. Dabei gilt es im Wahlkampf,  
42 konkrete Auseinandersetzungen zuzuspitzen und maximalen Druck auf Veränderung in  
43 diesen Bereichen zu legen. Das kann jedoch nur klappen, wenn alle dafür an einem  
44 Strang ziehen: Nur wenn Ortsgruppen, Landesverbände und die Bundesebene zusammen  
45 daran arbeiten wird die Umsetzung der Kampagne ein voller Erfolg. Den  
46 Landesverbänden kommt dabei eine zentrale Rolle zu, einerseits in ihrer  
47 Brückenfunktion zwischen Bundesebene und Ortsgruppen - und andererseits ganz  
48 direkt als reichweitenstarke Multiplikatoren unserer Kampagne. Ob und wie stark  
49 sich die Ortsgruppen - und mit ihnen die Aktivist\*innen der Grünen Jugend - an  
50 einer gemeinsamen Kampagne beteiligen, steht und fällt mit starken und aktiven  
51 Landesverbänden. Die Ortsgruppen wiederum sind der Kern der Grünen Jugend: Hier  
52 ist die große Mehrheit unserer Aktivist\*innen aktiv, von hier aus wird der  
53 Wahlkampf in die Gesellschaft getragen - und hier machen all die neuen Menschen,  
54 die wir im Laufe des nächsten Jahres für uns begeistern, ihren ersten Kontakt  
55 mit der Grünen Jugend. Keine Kampagne kann funktionieren, wenn sie nicht vor Ort  
56 umgesetzt wird. Deswegen wollen wir im nächsten Jahr miteinander verstärkt in  
57 Kontakt kommen über die Kampagne und Wege zu ihrer Umsetzung. Dabei soll uns die  
58 Coronapandemie nicht im Weg stehen: Auch im Digitalen werden wir neue Formate  
59 finden, um ganz unabhängig vom Pandemiegesehen uns so professionell  
60 aufzustellen, dass wir mit der Wahlkampagne auch auf Ortsebene weiter wachsen  
61 können.

62 **Der Wandel endet nicht mit dem Wahltag!** Was nach der Wahl ist, kann heute noch  
63 niemand wissen - klar ist aber, dass Grünes Regieren kein Selbstzweck ist,  
64 sondern sich an den notwendigen Veränderungen messen lassen muss. Für das  
65 "Weiter so" sind andere zuständig - eine Grüne Regierungsbeteiligung kann es nur  
66 geben, wenn sichergestellt ist, dass es damit in entscheidenden Bereichen  
67 deutliche Fortschritte gibt. Im Laufe des Jahres werden wir deshalb zentrale  
68 Punkte definieren, an denen wir mögliche Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen  
69 messen werden. Welche das sind, werden wir auch auf den weiteren Länderräten im  
70 Jahr 2021 debattieren. Klar ist, dass dabei unsere Grundüberzeugung als linker  
71 Jugendverband und unsere eigenen Kampagnenthemen dabei eine wichtige Rolle  
72 einnehmen werden. Und selbstverständlich werden wir auch während der  
73 Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen und uns in den Verhandlungen  
74 mit unseren Themen einbringen, sowohl intern als auch in unserer  
75

76 Außenkommunikation. Wir machen klar: An uns wird man nicht vorbeikommen! Der  
77 Wahltag darf auch nicht der Endpunkt unserer Entwicklung als Verband sein. Wir  
78 werden vor neuen Herausforderungen stehen und aufbauend auf dem schon erreichten  
79 als starke linke Jugendorganisation unseren Platz finden. Auch der beste  
80 Koalitionsvertrag wird Druck von der Straße brauchen, deswegen werden wir auch  
81 nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen, auf der Straße und in der  
82 Ortsgruppe weiter für unsere Themen kämpfen - unabhängig davon, ob und wie Grüne  
83 an der Regierung beteiligt sind oder nicht. Wir werden besonders in der  
84 Nachwahlkampfphase unsere Ortsgruppen als Orte der Begegnung, Diskussion und  
85 Strategiefindung stärken, bundesweit sichtbar sein und gemeinsam mit vielen  
Aktivist\*innen mit neuen Formaten auf die Fragen der Zeit antworten.

## **P-2-B Schluss mit der Verharmlosung: Verschwörungsmmythen konsequent entgegentreten!**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 13.12.2020  
Tagesordnungspunkt: P Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

#### **Schluss mit der Verharmlosung: Verschwörungsmmythenkonsequent entgegentreten!**

Wir befinden uns in einer der größten Pandemien, mit welcher die Menschheit bisher umgehen musste. Weltweit hat sie bereits über 1,3 Millionen Menschenleben gekostet. Aus dieser Krise müssen Wege gefunden werden, die Menschenleben schützen und gleichzeitig Grundrechte wahren. Während ein Großteil der Menschen mit umfassenden Maßnahmen und Einschränkungen im persönlichen Umfeld versucht, die Folgen der Pandemie zu beschränken, formieren sich Verschwörungsideolog\*innen dagegen. Verschwörungsanhänger\*innen stellen auf gleich mehreren Ebene eine Gefahr da: Aufgrund ihrer antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien an sich, aber auch durch ihre Demonstrationen, die ein massives Infektionsrisiko darstellen. Hygieneregeln werden bewusst missachtet, weder werden Masken getragen noch Abstand gehalten. Organisiert werden die Demonstrationen teils von altbekannten Akteur\*innen der extrem rechten Szene: NPD-Funktionär\*innen, Mitglieder verbotener Kameradschaften und Netzwerke oder bekannter Reichsbürger\*innen. Die AfD zeigt keinerlei Berührungängste zu diesen, tritt als der parlamentarische Arm der Verschwörungsideolog\*innen auf und verbreitet die Ideologie in den Parlamenten und der Öffentlichkeit.

**Verschwörungsmmythen sind nicht harmlos, sondern gefährlich!** Es ist kein Zufall, dass die rechte Bewegung bei diesen Demonstrationen so präsent ist. Der antisemitische Kern und der menschenfeindliche Gehalt der Verschwörungserzählungen passt ideologisch in ihr Weltbild. Der Glaube an eine "Elite" im Hintergrund, die durch Impfungen Menschen vergiften möchte, an eine "Steuerung" durch im verborgen agierende Mächte hat immer antisemitischen Gehalt. Verschwörungsideologien sind seit jeher zentraler Bestandteil der rechtsextremen Ideologie. Die selbsternannten "Hygiene-"Demos bieten eine gute Gelegenheit, mit einem öffentlich heiß diskutierten Thema Aufmerksamkeit zu erregen und sich als vermeintliche "Beschützer der Grundrechte" darzustellen.

30 Die Veranstalter\*innen der Demonstrationen nutzen die Verunsicherung und die  
31 Sorgen der Menschen durch die Pandemie bewusst aus. Zugleich bieten sie Orte der  
32 neurechten Organisierung und der Erschließung neuer Zielgruppen. Für die  
33 Anhänger\*innen sind die Demonstrationen auch wesentlich zur Vernetzung und  
34 führen dabei gleichzeitig zu einer immer stärkeren Radikalisierung der  
35 Teilnehmer\*innen. Unter dem Deckmantel "selbst", "kritisch" oder "quer" zu  
36 denken, verbreiten die Anhänger\*innen und Organisator\*innen Verschwörungsmythen  
37 und berufen sich dabei unter anderem auf antisemitische Erzählungen. Diese  
38 antisemitischen Verschwörungsmythen sind dabei nicht etwa neu. Auf sie wird sich  
39 schon seit Jahrhunderten berufen. In ihrem Deckmantel wurden und werden Pogrome  
40 legitimiert. So waren sie auch elementarer Bestandteil der NS-Propaganda. Auch  
41 deswegen ist es so grausam, dass sich die Menschen, die gegen die  
42 Infektionsschutzmaßnahmen protestieren, mit Jüd\*innen während des  
43 Nationalsozialismus vergleichen. Denn sie sind keine Opfer! Sich als solche  
44 darzustellen, ist Teil ihrer Strategie. Anhänger\*innen dieser Mythen und  
45 Erzählungen sind dabei keine "harmlosen Spinner", sondern verbreiten knallharte  
46 rechte Ideologie. Klar ist: Wer auf "Querdenker"-Demonstrationen mitläuft, macht  
47 sich mit Nazis gemein! Die öffentliche Reaktion darauf war lange Zeit  
48 ernüchternd. Während in Leipzig im November tausende Rechte durch die Stadt  
49 zogen, randalierten und Journalist\*innen verfolgten, wurden linke Gegenproteste  
50 kriminalisiert. Die Aufarbeitung dieses Tages darf nicht enden, bevor der  
51 sächsische Innenminister Wöllner nicht zurückgetreten ist!

52 **Den Verschwörungsmythen einen Riegel vorschieben!** Wir können nicht länger  
53 tatenlos zusehen, wie "Querdenker\*innen" versuchen, Parlamente zu besetzen,  
54 politische Arbeit stören, Sicherheitsbehörden unterwandern und zu  
55 Infektionsrisiken für große Teile der Bevölkerung werden. Es darf nicht  
56 weggeschaut werden, wenn rechte und antisemitische Symbole auf Demonstrationen  
57 verwendet werden. Die immer wieder vorkommende Relativierung der NS-Verbrechen  
58 und der Shoa sind unerträglich und gehören konsequent und entschlossen verfolgt.  
59 Hier bedarf es einer konsequenten Kontrolle, Erfassung und Anklage der  
60 Täter\*innen. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine Änderung des  
61 Versammlungsrechts nach Berliner Vorbild des "Versammlungsfreiheitsgesetz" aus:  
62 Antisemitische und neonazistische Demonstrationen dürfen nicht mehr an  
63 relevanten Orten der Erinnerungskultur und offiziellen Jahres- und Gedenktagen  
64 bzgl. nationalsozialistischer Verbrechen stattfinden. Auf den Demonstrationen der  
65 Verschwörungsideolog\*innen kommt es zudem immer wieder zu Angriffen gegenüber  
66 Pressevertreter\*innen, die wir aufs Schärfste verurteilen! Es ist Ziel der  
67 Verschwörungsideolog\*innen, das Vertrauen in die Medien zu beschädigen oder gar  
68 zu zerstören. Es darf nicht sein, dass Journalist\*innen Angst haben müssen vor  
69 Übergriffen, weil sie nicht darauf vertrauen können, dass die Polizei sie davor  
70 schützt. Die Pressefreiheit muss unter allen Umständen gewährleistet sein - nur  
71 so können wir uns gegen die Verschwörungsideologien stellen! Angesichts des  
72 weiterhin massiven Infektionsgeschehens fordern wir zudem, dass Demonstrationen,  
73 die Hygienevorschriften gezieht missachten, aufgelöst werden, wenn eine  
74 Durchsetzung der Hygienemaßnahmen nicht möglich ist. Die systematische  
75

76 Unterschätzung der Verschwörungs-Demonstrationen von Seiten der  
77 Landesregierungen und Polizeidirektionen muss enden. Auch hier zeigt sich  
78 wieder: Die Polizei ist viel zu oft auf dem rechten Auge blind. Doch rechte  
79 Narrative lassen sich nur mit breitem zivilgesellschaftlichen Widerstand  
80 brechen. Kein Wasserwerfer kann antifaschistisches Engagement von uns allen  
81 ersetzen. Nicht zuletzt müssen gezielte Bildungs- und Aufklärungsstrukturen dazu  
82 beitragen, Menschen Werkzeug in die Hand zu geben um Verschwörungsglauben zu  
83 erkennen und dagegen einstehe zu können. Medienkompetenz, Wissen über  
84 wissenschaftliche Prozesse und eine demokratische Debattenkultur müssen dafür  
85 gefördert werden. Über die Rolle und Wirkung des Internets gibt es in der  
86 Forschung über Verschwörungsideologien unterschiedliche Ergebnisse.  
87 Offensichtlich ist aber, dass fehlende demokratische Kontrolle und Mitbestimmung  
88 sowie intransparente Handlungsweisen der Social-Media-Plattformen den  
89 Akteur\*innen der Verschwörungsideologien Tür und Tor öffnen, ihre Lügen und  
90 Hetze ungestört zu verhindern. Um dem zu begegnen, braucht es eine öffentliche,  
91 demokratische Debatte über Algorithmen, da diese für die Verbreitung von Fake-  
92 News und Verschwörungserzählungen besonders offen sind. Wir fordern daher die  
93 Offenlegung von Algorithmen um eine demokratische Kontrolle über diese zu  
94 ermöglichen! Zudem braucht es ein effektives Vorgehen gegen Hass, Hetze und  
95 Verschwörungen im Netz, das sich nicht von rechten Trollarmeen einschüchtern  
96 lässt. Wenn entsprechende Beiträge nicht gelöscht werden, muss dies erhebliche  
97 Strafen nach sich ziehen. Gleichzeitig muss die Justiz in diesem Bereich  
98 gestärkt werden, um eine konsequente strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen.  
99 Der immer weiter voran schreitenden Radikalisierung der  
100 Verschwörungsideolog\*innen müssen wir konsequent begegnen, um sie zu stoppen.  
Zusammen stellen wir uns gegen Hass, Hetze und Verschwörungen!

## **T-1 Tagesordnung**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.10.2020  
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung & Formalia

### **Antragstext**

- 1 TOP 1 - Begrüßung & Formalia
- 2 TOP 2 - Links sein in schwierigen Zeiten - Strategien zur Bundestagswahl 2021
- 3 TOP 3 - Arbeitsbereiche und Teams
- 4 TOP 4 - Aktuelle politische Lage
- 5 TOP 5 - Verschiedenes

## V-1 Platz da! Flächenplanung für die Energiewende

Gremium: Fachforum Ökologie, Luca Brunsch  
Beschlussdatum: 09.10.2020  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Windenergieanlagen und Photovoltaik auf Freiflächen sind inzwischen beim Neubau  
2 kostengünstigste Art der Energieerzeugung, abgesehen von der  
3 Braunkohleverbrennung. Damit wir die Energiewende schaffen können, reicht es  
4 aber nicht, dass die Kosten niedrig sind - wir brauchen auch **ausreichend**  
5 **geeignete Flächen** und zügige Genehmigungsverfahren. Benötigt werden sowohl die  
6 Solarenergie als auch die Windkraft: denn wenn keine Sonne scheint, weht oft der  
7 Wind und umgekehrt. Dadurch sinken der Bedarf an Speichern, seltenen Erden und  
8 die finanziellen Kosten massiv.

9 Für eine vollständige Energiewende brauchen wir laut dem Umweltbundesamt im  
10 Schnitt **mindestens 2% der bundesweiten Flächen**. Besonders windhöffige und  
11 relativ dünn besiedelte Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Brandenburg und  
12 Niedersachsen müssen dabei besonders große Flächenanteile ausweisen: also  
13 **deutlich mehr als 2%**.

14 Es ist absurd, dass Windenergieanlagen deutlich größere Abstände zu Wohnbebauung  
15 einhalten müssen, als Kohlekraftwerke. Ab 600 m Entfernung sind neue  
16 Windenergieanlagen erfahrungsgemäß nicht mehr zu hören. Die Infraschallbelastung  
17 durch ein fahrendes Auto ist höher als durch eine Windenergieanlage. Die meisten  
18 Windgegner\*innen haben dann auch ein anderes Motiv: insbesondere seit  
19 Jahrzehnten ansässige Menschen stören sich an der Veränderung der Landschaft.  
20 Absurde Anschuldigungen, wie der angeblich hohe Vogelschlag oder die erwähnte  
21 Infraschallbelastung spielen insbesondere beim harten Kern der Windgegner\*innen  
22 ebenfalls eine Rolle, widersprechen aber den wissenschaftlichen Befunden.

23 **Für uns jüngere Generationen gehören Windenergieanlagen dagegen zum**  
24 **Landschaftsbild längst dazu und werden als positiv wahrgenommen: schließlich**  
25 **drehen sie sich für unsere Zukunft.**

26 **Die Mindestabstände der Bundesländer wollen wir auf 600m, im Ausnahmefall bis**  
27 **800m kürzen.** Um das Flächenziel von mindestens (!) 2% bundesweit in den nächsten  
28 15 Jahren zu erreichen, sind auch 1000m Mindestabstände noch zu viel. Näher

29 stehende Einzelhäuser sollen in Ausnahmefällen entschädigt werden können.  
30 **Besonders wichtig ist es aber, die 1,5 km Abstand in Nordrhein-Westfalen und die**  
31 **10H-Regel in Bayern abzuschaffen.** Der Windkraftausbau in NRW wird dringend zur  
32 Beschleunigung des Kohleausstiegs benötigt und in Bayern sind seit Einführung  
33 der 10H-Regel praktisch keine Windräder mehr gebaut worden. Falls die  
34 Flächenausweisungen der Länder nicht reichen, sollen sie über ein Bundesgesetz  
35 dazu verpflichtet werden, ausreichend Erzeugungsflächen für 100% erneuerbare  
36 Energien bei Strom, Wärme, Verkehr bis 2035 bereit zu stellen. Zurzeit ist dies  
37 der Fall.

38 Auch weitere Planungshemmnisse aus den Landesgesetzgebungen wollen wir abbauen,  
39 etwa pauschale Abstände zu Nachbargrundstücken (statt zur Wohnbebauung),  
40 allgemeine Regelungen zum Rückbau unter gleichen Bedingungen statt  
41 flächendeckend individueller Rückbaugutachten, auch eine Verkürzung der  
42 Genehmigungsfristen und Integration sowie Reduktion der Planungsschritte können  
43 hilfreich sein. Wir wollen ferner Nullemissionstechnologien wie z.B. mit  
44 Grünstrom belieferte Elektrolyseure generell als privilegiertes Bauen  
45 einzustufen. Das ist etwa auch nötig, damit Stromüberschüsse endlich  
46 weiterverwertet werden können. Wir wollen die Umsetzung von Flugwindkraftwerken  
47 ermöglichen, die die ökologische Belastung und den Flächenbedarf möglicherweise  
48 signifikant reduzieren können. Vertikalläufer haben dagegen aus physikalischen  
49 Gründen kaum  
50 nennenswerte Potentiale.

51 Die Größe von Windenergieanlagen zu reduzieren, sehen wir kritisch: bereits  
52 etwas kürzere Rotorblätter senken die Energieerzeugung signifikant, weshalb am  
53 Ende mehr gebaut werden müssen. Um die Akzeptanz der Windenergie zu erhöhen,  
54 wollen wir stattdessen noch stärker als bisher auf **Bürgerenergie und Beteiligung**  
55 **von Kommunen** setzen, z.B. mit Privilegierungen im Genehmigungsprozess. Außerdem  
56 wollen wir die Gewerbesteuer über die formalen Gemeindegrenzen hinweg nach der  
57 Zahl der Anwohner im Umkreis eines Kilometers anteilig an alle angrenzenden  
58 Gemeinden verteilen, da die bisherige Praxis oft für Unfrieden sorgt. Eine  
59 bedarfsgerechte Steuerung der Leuchtsignale (Befeuerung) wird von der  
60 Bundesregierung bereits eingeführt, was die Akzeptanz erhöhen sollte.

61 Es ist auch absurd, dass die Anti-Wind-Lobby es schaffen konnte, den Vogelschutz  
62 zu einer Waffe gegen die Energiewende umzufunktionieren, obwohl Glasscheiben,  
63 die industrielle Landwirtschaft, und der Autoverkehr um den Faktor Hunderte oder  
64 gar Tausende Mal höhere Vogelschlagzahlen zu verzeichnen haben und sich die  
65 Bestände der vom Windenergieausbau betroffenen Tiere mit Ausnahme des Bussards  
66 stetig erhöhen, ohne dass eine negative Korrelation mit dem Windenergieausbau  
67 gezeigt werden kann. Durch Vogeldetektoren und zeitlich begrenztes Abschalten,  
68 z.B. zum Schutz lokaler Fledermauspopulationen wollen wir die  
69 Naturschutzauswirkungen der Windenergie aber weiter eindämmen. **Nach der**  
70 **industriellen Landwirtschaft ist der Klimawandel der weltweite Artenkiller Nr.**  
71 **2.**

72 **Grundsätzlich gilt: wir müssen stärker vom individuellen Artenschutz zu einem**  
73 **effektiven Schutz von Ökosystemen und Biodiversität übergehen.**

74 Deshalb wollen wir **das signifikante Tötungsrisiko aus dem Genehmigungsverfahren**  
75 **nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) streichen.** Das signifikante  
76 Tötungsrisiko ist eine aus dem EU-Recht stammende Innovation, die eigentlich auf  
77 Phänomene wie den Vogelfang mit Leimruten zielen sollte, und eine sachlich  
78 unzulässige Ausweitung erfahren hat. Stattdessen wollen wir verstärkte  
79 ökologische Verbundsysteme für den Naturschutz ausweisen und mit einer  
80 Agrarwende das Problem bei der Wurzel packen.

81 Tatsächlich relevant ist der Vogelschlag bei Stromtrassen. **Aber auch der**  
82 **Netzausbau, besonders von HGÜ-Trassen, ist für eine schnelle Energiewende**  
83 **zwingend notwendig:** die bisherige Bundesbedarfsplanung reicht voraussichtlich  
84 nicht aus und muss nachgebessert werden (gemeinsam mit einem dezentralen,  
85 stärker als bisher nach den lokalen Bedarfen gesteuerten Ausbau). Hier können  
86 und müssen auf den Freileitungsabschnitten (abzüglich der Erdverkabelung) für  
87 die Vögel visuell auffällige Aufhängungen den Vogelschlag drastisch reduzieren.

88 **Auch für Solaranlagen ist die Flächenplanung relevant.** Wir brauchen und wollen  
89 dabei aktuell keine Landesplanung für Photovoltaik einführen, die den Ausbau  
90 drastisch verlangsamen würde. Wir brauchen aber ein gut ausgearbeitetes Leitbild  
91 für gute fachliche Praxis. So kann Photovoltaik auf Grünflächen einen großen  
92 ökologischen Gewinn darstellen, wenn sie intensiv bewirtschaftete Flächen  
93 ersetzt - umso mehr, wenn ökologische Kriterien beachtet werden. Ein Anreiz kann  
94 die Generierung von Ökopunkten darstellen. Zudem ist eine Beweidung durch Schafe  
95 oder eine andere Art der landwirtschaftlichen Nutzung für eine effizientere und  
96 ökologischere Flächennutzung sinnvoll. Agrophotovoltaik (bifaziale Ost/West-  
97 Anlagen) kann auch auf Flächen in Deutschland möglicherweise wirtschaftlich  
98 sein. Solarer Wasserstoff hat nur 1/4-1/5 des Flächenbedarfs von Energiepflanzen  
99 für Biogasanlagen und ist im Vergleich hierzu die bessere Alternative. Deshalb  
100 wollen wir die Biogasanlagen zukünftig - bis zum technischen Maximum - möglichst  
101 nur noch mit Gülle betreiben. Ergänzend können z.B. Abfälle, die nicht mehr  
102 sinnvoll kompostierbar sind, als Gärstoffe dienen.

103 Über Grünflächen-Photovoltaik hinaus, ist es sinnvoll, **bereits belastete Flächen**  
104 **zu nutzen.** So ist zu prüfen, inwiefern etwa bifaziale Module auf Autobahnen  
105 (Mittelstreifen, Lärmschutzwände) sinnvoll sein können. Auch die  
106 Dachflächenphotovoltaik muss ihr Potential endlich ausschöpfen. Wir sehen nicht  
107 erst die Kommunen, sondern schon die Länder in der Pflicht zur Erstellung von  
108 Dachflächenkatastern für PV und Solarthermie. Idealerweise soll die **Solarpflicht**  
109 auf Neubauten, die zum Beispiel in Bremen schon umgesetzt wird, bundesweiter  
110 Standard werden, sie kann aber auch von Ländern und Kommunen umgesetzt werden.  
111 Wichtig ist jedoch auch, dass staatliche Stellen mit gutem Beispiel vorangehen  
112 und alle geeigneten Gebäude der öffentlichen Hand schnellstmöglich mit  
113

114 Photovoltaik ausgestattet werden. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien  
115 voranzubringen sollte außerdem geprüft werden, welche Lockerungen beim  
Denkmalschutz sinnvoll sind.

116 Eine entscheidende Herausforderung ist zudem das Bereitstellen von Flächen für  
117 die **kommunale Wärmewende**. Lokale Wärmenetze bieten die Möglichkeit, auch große  
118 Wärmeerzeuger, wie großflächige Freiflächen-Solarthermie oder Geothermie in die  
119 Wärmeversorgung einzubinden und über Einspeisetarife und Umlagesysteme ohne  
120 Haushaltsausgaben zu fördern. Für die Erzeugung und die Anlagen (insbesondere  
121 Freiflächen-Solarthermie) werden jedoch teilweise große Flächen benötigt, was  
122 bei der Flächenplanung in den meistens dicht besiedelten Gebieten besonders  
123 berücksichtigt werden muss. Diese Flächenplanung sollte mit einer kommunalen  
124 Wärmeplanung kombiniert werden, bei der alle Potenziale und Bedarfe an Wärme,  
125 Abwärme und Kälte kartografiert und aufeinander abgestimmt werden. Diese  
126 Planungen müssen stetig nachgebessert und angepasst werden, da auch die Erzeuger  
127 und Verbraucher sich stetig verändern. Es ist sinnvoll, frühzeitig vorrangige  
128 Anschlussgebiete für das Wärmenetz und vorrangige Sanierungsgebiete für die  
129 energetische Sanierung auszuweisen, damit die Bürger\*innen frühzeitig wissen,  
130 wohin die Reise geht. Um die zur kostendeckenden Finanzierung nötige Dichte an  
131 Abnehmern sicher zustellen, sollte im Zweifelsfall auch eine Anschlusspflicht an  
132 das Wärmenetz verfügt werden.

### 133 **Platz da für die Energiewende! Unsere Kernforderungen für eine klimagerechte** 134 **Flächenplanung:**

- 135 • Mindestens 2% der Flächen in Deutschland für die erneuerbare  
136 Energieerzeugung bereitstellen
  
- 137 • Mindestabstände bei Windrädern runter auf 600m
  
- 138 • Planungshürden in Bund und Ländern abbauen
  
- 139 • Naturschutz und Energiewende durch technische Lösungen bei Windanlagen und  
140 Stromtrassen versöhnen
  
- 141 • Gleichberechtigung zwischen Windenergieanlagen und Glasscheiben! Schluss  
142 mit der Anwendung des Jagdrechts (individuelles Tötungsverbot) auf  
143 Windenergieanlagen.
  
- 144 • Photovoltaik und Landwirtschaft: Flächen doppelt nutzen, belastete Flächen  
145 ausnutzen
  
- 146 • Biogasanlagen bis zum technischen Maximum auf Güllebasis betreiben

147

- Solarpflicht auf Neubauten und Bestandsgebäuden

148

- Kommunale Planung für erneuerbare Wärmenetze

## **V-1-B Platz da! Flächenplanung für die Energiewende**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 13.12.2020  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

#### **1 Platz da für die Energiewende! Unsere Kernforderungen für 2 eine klimagerechte Flächenplanung:**

- 3 • Mindestens 2% der Flächen in Deutschland für die erneuerbare  
4 Energieerzeugung bereitstellen
  
- 5 • Mindestabstände bei Windrädern runter auf 600m
  
- 6 • Planungshürden in Bund und Ländern abbauen
  
- 7 • Naturschutz und Energiewende durch technische Lösungen bei Windanlagen und  
8 Stromtrassen versöhnen
  
- 9 • Gleichberechtigung zwischen Windenergieanlagen und Glasscheiben! Schluss  
10 mit der Anwendung des Jagdrechts (individuelles Tötungsverbot) auf  
11 Windenergieanlagen.
  
- 12 • Photovoltaik und Landwirtschaft: Flächen doppelt nutzen, belastete Flächen  
13 ausnutzen
  
- 14 • Biogasanlagen bis zum technischen Maximum auf Güllebasis betreiben
  
- 15 • Solarpflicht auf Neubauten und Bestandsgebäuden
  
- 16 • Kommunale Planung für erneuerbare Wärmenetze

17 Windenergieanlagen und Photovoltaik auf Freiflächen sind inzwischen beim Neubau  
18 kostengünstigste Art der Energieerzeugung. Damit wir die Energiewende schaffen  
19 können, reicht es aber nicht, dass die Kosten niedrig sind - wir brauchen auch  
20 ausreichend geeignete Flächen und zügige Genehmigungsverfahren. Benötigt werden

21 sowohl die Solarenergie als auch die Windkraft: denn wenn keine Sonne scheint,  
22 weht oft der Wind und umgekehrt. Dadurch sinken der Bedarf an Speichern,  
23 seltenen Erden und die finanziellen Kosten massiv. Für eine vollständige  
24 Energiewende brauchen wir laut dem Umweltbundesamt im Schnitt mindestens 2% der  
25 bundesweiten Flächen. Besonders windhöffige und relativ dünn besiedelte  
26 Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Brandenburg und Niedersachsen müssen dabei  
27 besonders große Flächenanteile ausweisen: also deutlich mehr als 2%. Es ist  
28 absurd, dass Windenergieanlagen deutlich größere Abstände zu Wohnbebauung  
29 einhalten müssen, als Kohlekraftwerke. Ab 600 m Entfernung sind neue  
30 Windenergieanlagen erfahrungsgemäß nicht mehr zu hören. Die Infraschallbelastung  
31 durch ein fahrendes Auto ist höher als durch eine Windenergieanlage. Insbesondere  
32 seit Jahrzehnten ansässige Menschen stören sich an der Veränderung der  
33 Landschaft. Der angeblich hohe Vogelschlag oder die erwähnte  
34 Infraschallbelastung spielen vor allem nur beim harten Kern der Windgegner\*innen  
35 ebenfalls eine Rolle, widersprechen aber den wissenschaftlichen Befunden.

36 **Für uns jüngere Generationen gehören Windenergieanlagen dagegen zum**  
37 **Landschaftsbild längst dazu und werden als positiv wahrgenommen: schließlich**  
38 **drehen sie sich für unsere Zukunft.**

39 Die Mindestabstände der Bundesländer wollen wir auf 600m, im Ausnahmefall bis  
40 800m kürzen. Um das Flächenziel von mindestens (!) 2% bundesweit in den nächsten  
41 15 Jahren zu erreichen, sind auch 1000m Mindestabstände noch zu viel. Näher  
42 stehende Einzelhäuser sollen in Ausnahmefällen entschädigt werden können.  
43 Besonders wichtig ist es aber, die 1,5 km Abstand in Nordrhein-Westfalen und die  
44 10H-Regel in Bayern abzuschaffen. Der Windkraftausbau in NRW wird dringend zur  
45 Beschleunigung des Kohleausstiegs benötigt und in Bayern sind seit Einführung  
46 der 10H-Regel praktisch keine Windräder mehr gebaut worden. Falls die  
47 Flächenausweisungen der Länder nicht reichen, sollen sie über ein Bundesgesetz  
48 dazu verpflichtet werden, ausreichend Erzeugungsflächen für 100% erneuerbare  
49 Energien bei Strom, Wärme, Verkehr bis 2035 bereit zu stellen. Zurzeit ist dies  
50 der Fall.

51 Auch weitere Planungshemmnisse aus den Landesgesetzgebungen wollen wir abbauen,  
52 etwa pauschale Abstände zu Nachbargrundstücken (statt zur Wohnbebauung),  
53 allgemeine Regelungen zum Rückbau unter gleichen Bedingungen statt  
54 flächendeckend individueller Rückbaugutachten, auch eine Verkürzung der  
55 Genehmigungsfristen und Integration sowie Reduktion der Planungsschritte können  
56 hilfreich sein. Wir wollen ferner Nullemissionstechnologien wie z.B. mit  
57 Grünstrom belieferte Elektrolyseure generell als privilegiertes Bauen  
58 einzustufen. Das ist etwa auch nötig, damit Stromüberschüsse endlich  
59 weiterverwertet werden können. Wir wollen die Umsetzung von Flugwindkraftwerken  
60 ermöglichen, die die ökologische Belastung und den Flächenbedarf möglicherweise  
61 signifikant reduzieren können. Vertikalläufer haben dagegen aus physikalischen  
62 Gründen kaum nennenswerte Potentiale.

63 Die Größe von Windenergieanlagen zu reduzieren, sehen wir kritisch: bereits  
64 etwas kürzere Rotorblätter senken die Energieerzeugung signifikant, weshalb am  
65 Ende mehr gebaut werden müssen. Um die Akzeptanz der Windenergie zu erhöhen,  
66 wollen wir stattdessen noch stärker als bisher auf Bürgerenergie und Beteiligung  
67 von Kommunen setzen, z.B. mit Privilegierungen im Genehmigungsprozess. Außerdem  
68 wollen wir die Gewerbesteuer über die formalen Gemeindegrenzen hinweg nach der  
69 Zahl der Anwohner im Umkreis eines Kilometers anteilig an alle angrenzenden  
70 Gemeinden verteilen, da die bisherige Praxis oft für Unfrieden sorgt. Eine  
71 bedarfsgerechte Steuerung der Leuchtsignale (Befeuerung) wird von der  
72 Bundesregierung bereits eingeführt, was die Akzeptanz erhöhen sollte.

73 Es ist auch absurd, dass die Anti-Wind-Lobby es schaffen konnte, den Vogelschutz  
74 zu einer Waffe gegen die Energiewende umzufunktionieren, obwohl Glasscheiben,  
75 die industrielle Landwirtschaft, und der Autoverkehr um den Faktor Hunderte oder  
76 gar Tausende Mal höhere Vogelschlagzahlen zu verzeichnen haben und sich die  
77 Bestände der vom Windenergieausbau betroffenen Tiere mit Ausnahme des Bussards  
78 stetig erhöhen, ohne dass eine negative Korrelation mit dem Windenergieausbau  
79 gezeigt werden kann. Durch Vogeldetektoren und zeitlich begrenztes Abschalten,  
80 z.B. zum Schutz lokaler Fledermauspopulationen wollen wir die  
81 Naturschutzauswirkungen der Windenergie aber weiter eindämmen. Nach der  
82 industriellen Landwirtschaft ist der Klimawandel der weltweite Artenkiller Nr.  
83 2.

84 **Grundsätzlich gilt: wir müssen stärker vom individuellen Artenschutz zu einem**  
85 **effektiven Schutz von Ökosystemen und Biodiversität übergehen.**

86 Deshalb wollen wir das signifikante Tötungsrisiko aus dem Genehmigungsverfahren  
87 nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) streichen. Das signifikante  
88 Tötungsrisiko ist eine aus dem EU-Recht stammende Innovation, die eigentlich auf  
89 Phänomene wie den Vogelfang mit Leimruten zielen sollte, und eine sachlich  
90 unzulässige Ausweitung erfahren hat. Stattdessen wollen wir verstärkte  
91 ökologische Verbundsysteme für den Naturschutz ausweisen und mit einer  
92 Agrarwende das Problem bei der Wurzel packen.

93 Tatsächlich relevant ist der Vogelschlag bei Stromtrassen. Aber auch der  
94 Netzausbau, besonders von HGÜ-Trassen, ist für eine schnelle Energiewende  
95 *zwingend* notwendig: die bisherige Bundesbedarfsplanung reicht voraussichtlich  
96 nicht aus und muss nachgebessert werden (gemeinsam mit einem dezentralen,  
97 stärker als bisher nach den lokalen Bedarfen gesteuerten Ausbau). Hier können  
98 und müssen auf den Freileitungsabschnitten (abzüglich der Erdverkabelung) für  
99 die Vögel visuell auffällige Aufhängungen den Vogelschlag drastisch reduzieren.

100 Auch für Solaranlagen ist die Flächenplanung relevant. Wir brauchen und wollen  
101 dabei aktuell keine Landesplanung für Photovoltaik einführen, die den Ausbau  
102 drastisch verlangsamen würde. Wir brauchen aber ein gut ausgearbeitetes Leitbild

103 für gute fachliche Praxis. So kann Photovoltaik auf Grünflächen einen großen  
104 ökologischen Gewinn darstellen, wenn sie intensiv bewirtschaftete Flächen  
105 ersetzt - umso mehr, wenn ökologische Kriterien beachtet werden. Ein Anreiz kann  
106 die Generierung von Ökopunkten darstellen. Zudem ist eine Beweidung durch Schafe  
107 oder eine andere Art der landwirtschaftlichen Nutzung für eine effizientere und  
108 ökologischere Flächennutzung sinnvoll. Agrophotovoltaik (bifaziale Ost/West-  
109 Anlagen) kann auch auf Flächen in Deutschland möglicherweise wirtschaftlich  
110 sein. Solarer Wasserstoff hat nur 1/4-1/5 des Flächenbedarfs von Energiepflanzen  
111 für Biogasanlagen und ist im Vergleich hierzu die bessere Alternative. Deshalb  
112 wollen wir die Biogasanlagen zukünftig - bis zum technischen Maximum - möglichst  
113 nur noch mit Gülle betreiben. Ergänzend können z.B. Abfälle, die nicht mehr  
114 sinnvoll kompostierbar sind, als Gärstoffe dienen.

115 Über Grünflächen-Photovoltaik hinaus, ist es sinnvoll, bereits belastete Flächen  
116 zu nutzen. So ist zu prüfen, inwiefern etwa bifaziale Module auf Autobahnen  
117 (Mittelstreifen, Lärmschutzwände) sinnvoll sein können. Auch die  
118 Dachflächenphotovoltaik muss ihr Potential endlich ausschöpfen. Wir sehen nicht  
119 erst die Kommunen, sondern schon die Länder in der Pflicht zur Erstellung von  
120 Dachflächenkatastern für PV und Solarthermie. Idealerweise soll die Solarpflicht  
121 auf Neubauten, die zum Beispiel in Bremen schon umgesetzt wird, bundesweiter  
122 Standard werden, sie kann aber auch von Ländern und Kommunen umgesetzt werden.  
123 Wichtig ist jedoch auch, dass staatliche Stellen mit gutem Beispiel vorangehen  
124 und alle geeigneten Gebäude der öffentlichen Hand schnellstmöglich mit  
125 Photovoltaik ausgestattet werden. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien  
126 voranzubringen sollte außerdem geprüft werden, welche Lockerungen beim  
127 Denkmalschutz sinnvoll sind.

128 Eine entscheidende Herausforderung ist zudem das Bereitstellen von Flächen für  
129 die kommunale Wärmewende. Lokale Wärmenetze bieten die Möglichkeit, auch große  
130 Wärmeerzeuger, wie großflächige Freiflächen-Solarthermie oder Geothermie in die  
131 Wärmeversorgung einzubinden und über Einspeisetarife und Umlagesysteme ohne  
132 Haushaltsausgaben zu fördern. Für die Erzeugung und die Anlagen (insbesondere  
133 Freiflächen-Solarthermie) werden jedoch teilweise große Flächen benötigt, was  
134 bei der Flächenplanung in den meistens dicht besiedelten Gebieten besonders  
135 berücksichtigt werden muss. Diese Flächenplanung sollte mit einer kommunalen  
136 Wärmeplanung kombiniert werden, bei der alle Potenziale und Bedarfe an Wärme,  
137 Abwärme und Kälte kartografiert und aufeinander abgestimmt werden. Diese  
138 Planungen müssen stetig nachgebessert und angepasst werden, da auch die Erzeuger  
139 und Verbraucher sich stetig verändern. Es ist sinnvoll, frühzeitig vorrangige  
140 Anschlussgebiete für das Wärmenetz und vorrangige Sanierungsgebiete für die  
141 energetische Sanierung auszuweisen, damit die Bürger\*innen frühzeitig wissen,  
142 wohin die Reise geht. Um die zur kostendeckenden Finanzierung nötige Dichte an  
143 Abnehmern sicher zustellen, sollte im Zweifelsfall auch eine Anschlusspflicht an  
144 das Wärmenetz verfügt werden.

## **V-2-B Klimabürger\*innenräte statt Klimakrise!**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 13.12.2020  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

#### **Klimabürger\*innenräte statt Klimakrise!**

Die Klimakrise ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. In den kommenden Monaten und Jahren müssen so tiefgreifende Veränderungen eingeleitet werden wie vielleicht nie zuvor - und zugleich bleibt dafür nur noch sehr wenig Zeit. Das erfordert neue Wege für ein starkes Miteinander. Klimabürger\*innenräte stellen ein wirkmächtiges Instrument dar, um Gräben zu überwinden und den Austausch und die gemeinsame Einigung zwischen Menschen unterschiedlichster Hintergründe möglich zu machen. Sie ermöglichen direktdemokratische Mitsprache, untermauern dies jedoch mit einem starken wissenschaftlichen Fundament. Klimabürger\*innenräte formen auf diese Weise ein besseres Verständnis und eine größere Akzeptanz für die klimapolitischen Umwälzungsprozesse, die uns bevorstehen.

Ein Klimabürger\*innenrat ist ein repräsentativ aus der Bevölkerung zusammengesetztes Gremium, das sich systematisch mit Fragen des Klimaschutzes und der dafür notwendigen Veränderungen auseinandersetzt. Dafür stehen dem Rat Expert\*innen aus Klimawissenschaft und weiteren relevanten Fachgebieten zur Seite. Ein so konzipierter Klimabürger\*innenrat kann ein starker Hebel für dringend benötigte Maßnahmen sein, weil er zugleich wissenschaftlich abgesichert und gesellschaftlich akzeptiert ist. Die Erfahrungen beispielsweise in Irland und Frankreich zeigen, dass ein solches Gremium hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung genießt und damit in der Lage ist, zukunftsweisende Veränderungen anzustoßen. Der Klimabürger\*innenrat kann so fundierte Maßnahmenpakete zu der Frage erarbeiten, wie wir die im Pariser Klimaschutzabkommen beschlossenen Klimaziele einhalten können und unseren Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise leisten können.

Maßnahmen, die die Gesetzgebungskompetenz des Bundes betreffen, werden dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt. Unabhängig davon besteht für sämtliche vom Klimabürger\*innenrat vorgeschlagenene Maßnahmen eine jährliche Berichtspflicht durch die Bundesregierung über den Fortschritt der Umsetzung. Die

30 Berichtspflicht endet, wenn das Ziel der Maßnahmen erreicht ist oder durch eine  
31 neue Vorlage des Klimabürger\*innenrats ersetzt wird.

32 Der Klimabürger\*innenrat soll vom Bundestag einberufen werden. Ein solcher Rat  
33 muss die Bevölkerung abbilden. Deshalb werden die Teilnehmenden per gestaffelter  
34 Zufallsauswahl nach Kriterien wie dem Wohnort, Gender, Alter, Bildungsabschluss  
35 und Migrationsgeschichte bestimmt. Der Klimabürger\*innenrat wird permanent von  
36 Wissenschaftler\*innen und nicht kommerziellen Interessenvertretungen in seinem  
37 Prozess begleitet. Wie nach dem Beispiel in Frankreich sollen Teilnehmer\*innen  
38 dadurch in ihren Vorschlägen und Debatten permanente Unterstützung in fachlichen  
39 Fragen bekommen, damit Rahmenbedingungen für sachliche Diskussionen und  
40 Lösungswege geschaffen werden.

41 Der Bürger\*innenrat erarbeitet konkrete Empfehlungen für den klimaneutralen  
42 Umbau unserer Gesellschaft. Durch eine finanzielle Entschädigung,  
43 Kinderbetreuung und sonstige bedarfsgerechte Unterstützung sollen Barrieren  
44 abgebaut werden, damit auch diejenigen teilnehmen können, denen bei  
45 konventionellen Verfahren eine Beteiligung erschwert würde.

46 Wenn sich der Verfahren bewährt, soll geprüft werden, ob das Konzept der  
47 Bürger\*innenräte in einem nächsten Schritt auch auf Landes- und kommunaler Ebene  
48 und auf weitere gesellschaftlich umstrittene Fragen ausgeweitet werden soll.

## V-3 Platz da! Flächenplanung für die Energiewende

Gremium: Fachforum Ökologie, Luca Brunsch  
Beschlussdatum: 09.10.2020  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge  
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

### Antragstext

1 Windenergieanlagen und Photovoltaik auf Freiflächen sind inzwischen beim Neubau  
2 kostengünstigste Art der Energieerzeugung, abgesehen von der  
3 Braunkohleverbrennung. Damit wir die Energiewende schaffen können, reicht es  
4 aber nicht, dass die Kosten niedrig sind - wir brauchen auch **ausreichend**  
5 **geeignete Flächen** und zügige Genehmigungsverfahren. Benötigt werden sowohl die  
6 Solarenergie als auch die Windkraft: denn wenn keine Sonne scheint, weht oft der  
7 Wind und umgekehrt. Dadurch sinken der Bedarf an Speichern, seltenen Erden und  
8 die finanziellen Kosten massiv.

9 Für eine vollständige Energiewende brauchen wir laut dem Umweltbundesamt im  
10 Schnitt **mindestens 2% der bundesweiten Flächen**. Besonders windhöffige und  
11 relativ dünn besiedelte Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Brandenburg und  
12 Niedersachsen müssen dabei besonders große Flächenanteile ausweisen: also  
13 **deutlich mehr als 2%**.

14 Es ist absurd, dass Windenergieanlagen deutlich größere Abstände zu Wohnbebauung  
15 einhalten müssen, als Kohlekraftwerke. Ab 600 m Entfernung sind neue  
16 Windenergieanlagen erfahrungsgemäß nicht mehr zu hören. Die Infraschallbelastung  
17 durch ein fahrendes Auto ist höher als durch eine Windenergieanlage. Die meisten  
18 Windgegner\*innen haben dann auch ein anderes Motiv: insbesondere seit  
19 Jahrzehnten ansässige Menschen stören sich an der Veränderung der Landschaft.  
20 Absurde Anschuldigungen, wie der angeblich hohe Vogelschlag oder die erwähnte  
21 Infraschallbelastung spielen insbesondere beim harten Kern der Windgegner\*innen  
22 ebenfalls eine Rolle, widersprechen aber den wissenschaftlichen Befunden.

23 **Für uns jüngere Generationen gehören Windenergieanlagen dagegen zum**  
24 **Landschaftsbild längst dazu und werden als positiv wahrgenommen: schließlich**  
25 **drehen sie sich für unsere Zukunft.**

26 **Die Mindestabstände der Bundesländer wollen wir auf 600m, im Ausnahmefall bis**  
27 **800m kürzen.** Um das Flächenziel von mindestens (!) 2% bundesweit in den nächsten

28 15 Jahren zu erreichen, sind auch 1000m Mindestabstände noch zu viel. Näher  
29 stehende Einzelhäuser sollen in Ausnahmefällen entschädigt werden können.  
30 **Besonders wichtig ist es aber, die 1,5 km Abstand in Nordrhein-Westfalen und die**  
31 **10H-Regel in Bayern abzuschaffen.** Der Windkraftausbau in NRW wird dringend zur  
32 Beschleunigung des Kohleausstiegs benötigt und in Bayern sind seit Einführung  
33 der 10H-Regel praktisch keine Windräder mehr gebaut worden. Falls die  
34 Flächenausweisungen der Länder nicht reichen, sollen sie über ein Bundesgesetz  
35 dazu verpflichtet werden, ausreichend Erzeugungsflächen für 100% erneuerbare  
36 Energien bei Strom, Wärme, Verkehr bis 2035 bereit zu stellen. Zurzeit ist dies  
37 der Fall.

38 Auch weitere **Planungshemmnisse aus den Landesgesetzgebungen wollen wir abbauen,**  
39 etwa pauschale Abstände zu Nachbargrundstücken (statt zur Wohnbebauung),  
40 allgemeine Regelungen zum Rückbau unter gleichen Bedingungen statt  
41 flächendeckend individueller Rückbaugutachten, auch eine Verkürzung der  
42 Genehmigungsfristen und Integration sowie Reduktion der Planungsschritte können  
43 hilfreich sein. Wir wollen die Umsetzung von Flugwindkraftwerken ermöglichen,  
44 die die ökologische Belastung und den Flächenbedarf möglicherweise signifikant  
45 reduzieren können. Vertikalläufer haben dagegen aus physikalischen Gründen kaum  
46 nennenswerte Potentiale.

47 Die Größe von Windenergieanlagen zu reduzieren, sehen wir kritisch: bereits  
48 etwas kürzere Rotorblätter senken die Energieerzeugung signifikant, weshalb am  
49 Ende mehr gebaut werden müssen. Um die Akzeptanz der Windenergie zu erhöhen,  
50 wollen wir stattdessen noch stärker als bisher auf **Bürgerenergie und Beteiligung**  
51 **von Kommunen** setzen, z.B. mit Privilegierungen im Genehmigungsprozess. Außerdem  
52 wollen wir die Gewerbesteuer über die formalen Gemeindegrenzen hinweg nach der  
53 Zahl der Anwohner im Umkreis eines Kilometers anteilig an alle angrenzenden  
54 Gemeinden verteilen, da die bisherige Praxis oft für Unfrieden sorgt. Eine  
55 bedarfsgerechte Steuerung der Leuchtsignale (Befeuerung) wird von der  
56 Bundesregierung bereits eingeführt, was die Akzeptanz erhöhen sollte.

57 Es ist auch absurd, dass die Anti-Wind-Lobby es schaffen konnte, den Vogelschutz  
58 zu einer Waffe gegen die Energiewende umzufunktionieren, obwohl Glasscheiben,  
59 die industrielle Landwirtschaft, und der Autoverkehr um den Faktor Hunderte oder  
60 gar Tausende Mal höhere Vogelschlagzahlen zu verzeichnen haben und sich die  
61 Bestände der vom Windenergieausbau betroffenen Tiere mit Ausnahme des Bussards  
62 stetig erhöhen, ohne dass eine negative Korrelation mit dem Windenergieausbau  
63 gezeigt werden kann. Durch Vogeldetektoren und zeitlich begrenztes Abschalten,  
64 z.B. zum Schutz lokaler Fledermauspopulationen wollen wir die  
65 Naturschutzauswirkungen der Windenergie aber weiter eindämmen. **Nach der**  
66 **industriellen Landwirtschaft ist der Klimawandel der weltweite Artenkiller Nr.**  
67 **2.**

68 **Grundsätzlich gilt: wir müssen stärker vom individuellen Artenschutz zu einem**

69 **effektiven Schutz von Ökosystemen und Biodiversität übergehen.**

70 Deshalb wollen wir **das signifikante Tötungsrisiko aus dem Genehmigungsverfahren**  
71 **nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) streichen.** Das signifikante  
72 Tötungsrisiko ist eine aus dem EU-Recht stammende Innovation, die eigentlich auf  
73 Phänomene wie den Vogelfang mit Leimruten zielen sollte, und eine sachlich  
74 unzulässige Ausweitung erfahren hat. Stattdessen wollen wir verstärkte  
75 ökologische Verbundsysteme für den Naturschutz ausweisen und mit einer  
76 Agrarwende das Problem bei der Wurzel packen.

77 Tatsächlich relevant ist der Vogelschlag bei Stromtrassen. **Aber auch der**  
78 **Netzausbau, besonders von HGÜ-Trassen, ist für eine schnelle Energiewende**  
79 **zwingend notwendig:** die bisherige Bundesbedarfsplanung reicht voraussichtlich  
80 nicht aus und muss nachgebessert werden (gemeinsam mit einem dezentralen,  
81 stärker als bisher nach den lokalen Bedarfen gesteuerten Ausbau). Hier können  
82 und müssen auf den Freileitungsabschnitten (abzüglich der Erdverkabelung) für  
83 die Vögel visuell auffällige Aufhängungen den Vogelschlag drastisch reduzieren.

84 **Auch für Solaranlagen ist die Flächenplanung relevant.** Wir brauchen und wollen  
85 dabei aktuell keine Landesplanung für Photovoltaik einführen, die den Ausbau  
86 drastisch verlangsamen würde. Wir brauchen aber ein gut ausgearbeitetes Leitbild  
87 für gute fachliche Praxis. So kann Photovoltaik auf Grünflächen einen großen  
88 ökologischen Gewinn darstellen, wenn sie intensiv bewirtschaftete Flächen  
89 ersetzt - umso mehr, wenn ökologische Kriterien beachtet werden. Ein Anreiz kann  
90 die Generierung von Ökopunkten darstellen. Zudem ist eine Beweidung durch Schafe  
91 oder eine andere Art der landwirtschaftlichen Nutzung für eine effizientere und  
92 ökologischere Flächennutzung sinnvoll. Agrophotovoltaik (bifaziale Ost/West-  
93 Anlagen) kann auch auf Flächen in Deutschland möglicherweise wirtschaftlich  
94 sein. Solarer Wasserstoff hat nur 1/4-1/5 des Flächenbedarfs von Energiepflanzen  
95 für Biogasanlagen und ist im Vergleich hierzu die bessere Alternative. Deshalb  
96 wollen wir die Biogasanlagen zukünftig - bis zum technischen Maximum - möglichst  
97 nur noch mit Gülle betreiben. Ergänzend können z.B. Abfälle, die nicht mehr  
98 sinnvoll kompostierbar sind, als Gärstoffe dienen.

99 Über Grünflächen-Photovoltaik hinaus, ist es sinnvoll, **bereits belastete Flächen**  
100 **zu nutzen.** So ist zu prüfen, inwiefern etwa bifaziale Module auf Autobahnen  
101 (Mittelstreifen, Lärmschutzwände) sinnvoll sein können. Auch die  
102 Dachflächenphotovoltaik muss ihr Potential endlich ausschöpfen. Wir sehen nicht  
103 erst die Kommunen, sondern schon die Länder in der Pflicht zur Erstellung von  
104 Dachflächenkatastern für PV und Solarthermie. Idealerweise soll die **Solarpflicht**  
105 auf Neubauten, die zum Beispiel in Bremen schon umgesetzt wird, bundesweiter  
106 Standard werden, kann aber auch von Ländern und Kommunen umgesetzt werden. Nach  
107 einer Prüfung soll diese Regelung möglichst auf den Bestand ausgeweitet werden.

108 Eine entscheidende Herausforderung ist zudem das Bereitstellen von Flächen für

109 die **kommunale Wärmewende**. Lokale Wärmenetze bieten die Möglichkeit, auch große  
110 Wärmeerzeuger, wie großflächige Freiflächen-Solarthermie oder Geothermie in die  
111 Wärmeversorgung einzubinden und über Einspeisetarife und Umlagesysteme ohne  
112 Haushaltsausgaben zu fördern. Für die Erzeugung und die Anlagen (insbesondere  
113 Freiflächen-Solarthermie) werden jedoch teilweise große Flächen benötigt, was  
114 bei der Flächenplanung in den meistens dicht besiedelten Gebieten besonders  
115 berücksichtigt werden muss. Diese Flächenplanung sollte mit einer kommunalen  
116 Wärmeplanung kombiniert werden, bei der alle Potenziale und Bedarfe an Wärme,  
117 Abwärme und Kälte kartografiert und aufeinander abgestimmt werden. Diese  
118 Planungen müssen stetig nachgebessert und angepasst werden, da auch die Erzeuger  
119 und Verbraucher sich stetig verändern. Es ist sinnvoll, frühzeitig vorrangige  
120 Anschlussgebiete für das Wärmenetz und vorrangige Sanierungsgebiete für die  
121 energetische Sanierung auszuweisen, damit die Bürger\*innen frühzeitig wissen,  
122 wohin die Reise geht. Um die zur kostendeckenden Finanzierung nötige Dichte an  
123 Abnehmern sicher zustellen, sollte im Zweifelsfall auch eine Anschlusspflicht an  
124 das Wärmenetz verfügt werden.

### 125 **Platz da für die Energiewende! Unsere Kernforderungen für eine klimagerechte** 126 **Flächenplanung:**

- 127 • Mindestens 2% der Flächen in Deutschland für die erneuerbare  
128 Energieerzeugung bereitstellen
- 129 • Mindestabstände bei Windrädern runter auf 600m
- 130 • Planungshürden in Bund und Ländern abbauen
- 131 • Naturschutz und Energiewende durch technische Lösungen bei Windanlagen und  
132 Stromtrassen versöhnen
- 133 • Gleichberechtigung zwischen Windenergieanlagen und Glasscheiben! Schluss  
134 mit der Anwendung des Jagdrechts (individuelles Tötungsverbot) auf  
135 Windenergieanlagen.
- 136 • Photovoltaik und Landwirtschaft: Flächen doppelt nutzen, belastete Flächen  
137 ausnutzen
- 138 • Biogasanlagen bis zum technischen Maximum auf Güllebasis betreiben
- 139 • Solarpflicht auf Neubauten und Bestandsgebäuden
- 140 • Kommunale Planung für erneuerbare Wärmenetze